

Zirndorfer wollen keine U-Bahn

## Bürgerentscheide am Tag der Bundestagswahl

Parallel zur Bundestagswahl haben die Wähler einiger Kommunen in der Region in Bürgerentscheiden über Großprojekte abgestimmt.

Ein eindeutigeres Ergebnis hätten sich die Stadtväter von Zirndorf (Kreis Fürth) kaum wünschen können – allenfalls mit der genau gegenteiligen Zielrichtung: Die wahlberechtigten Bürger der Stadt lehnten am Sonntag mit großer Mehrheit die Pläne zur Verlängerung der Nürnberger U-Bahn-Linie 3 in ihre Stadt ab. 68,96 Prozent stimmten dagegen, nur 31,04 Prozent votierten für die U-Bahn-Strecke in den Landkreis. Die Wahlbeteiligung lag bei 73,96 Prozent.

In Dinkelsbühl (Kreis Ansbach) hat sich die Mehrheit für den Bau einer Umgehungsstraße entschieden. Die umstrittene Ostumfahrung in Dinkelsbühl könnte nun kommen, beim Bürgerentscheid haben sich rund zwei Drittel für diese Umgehungsstraße entschieden und damit einen Stadtratsbeschluss vom April gekippt. Dieser hatte nach heftiger Diskussion die Ostumfahrung damals abgelehnt.

Zur Wahl stand für die Dinkelsbübler auch noch die Variante entlang der Bahnlinie – mitten durch die Stadt. Für den Oberbürgermeister Christoph Hammer ist das ein Wahlsieg, hatte er sich gegen seinen Stadtrat immer für die Ostumfahrung stark gemacht. Allerdings muss er nun auch die Gemüter beruhigen – dieser Streit hat die Stadt tief gespalten. So wird auch eine schnelle Realisierung dieser Umgehungsstraße fraglich, da die Gegner alle Möglichkeiten bis zuletzt ausschöpfen wollen.

### **Ansbacher Karlsplatz soll schnell saniert werden**

Die Mehrheit der Ansbacher will, dass dort der Karlsplatz schnell saniert wird. Dieser Platz zwischen Bahnhof und Innenstadt ist seit Jahren dringend renovierungsbedürftig – das Pflaster hat tiefe, zum Teil nicht ungefährliche, Löcher. Bei der Planung der Stadtverwaltung würden einige wenige der derzeitigen Parkplätze zu Gunsten von Bäumen wegfallen – letztendlich fand eine knappe Mehrheit der Ansbacher diese Planung besser, als den Wunsch von Händlern und der CSU, die den Bürgerentscheid auf den Weg gebracht haben. Sie wollen auf dem Platz so viele Parkplätze wie möglich. Die Stadtverwaltung hatte inzwischen Angst vor Unfällen, für die sie haften müsse. Um die Dramatik zu unterstreichen, hat die Stadt bereits einige Parkplätze wegen der Baumängel gesperrt. Zudem gibt es für die jetzt gewählte Sanierung mehr Zuschüsse, nämlich 60 Prozent. Wahrscheinlich hat das die Mehrheit bewogen, für den Entwurf der Stadtverwaltung zu stimmen.

In Ettenstatt (Kreis Weißenburg–Gunzenhausen) kann ein großer Solarpark nördlich der Staatsstraße gebaut werden. 306 Wähler votierten für das Projekt, 210 stimmten dagegen. Die Mindestzahl von 136 Stimmen (20 Prozent der Wähler, so sehen es die rechtlichen Vorschriften bei Bürgerentscheiden vor) ist damit ganz klar eingehalten.

Insgesamt beteiligten sich 521 Wähler an dem Bürgerentscheid. Die drei vor Ort ansässigen Betreiberfamilien Moritz, Hüttinger und Weglehner können mit dieser Entscheidung nun auf rund 20 Hektar Fläche Sonnenkollektoren aufstellen. Die Module sollen eine Leistung von 7,4 Megawatt-Peak haben und damit jährlich eine Strommenge erzeugen, die für rund 2200 Haushalte reicht.

In Großhabersdorf (Kreis Fürth) haben die Wähler mehrheitlich den Bau einer Biogas-Anlage auf einem Acker abgelehnt – wenn auch das Ergebnis mehr als knapp war. 49,94 Prozent der Wahlberechtigten stimmten mit «Ja» und riefen die Gemeinde damit auf, dem Landratsamt die Genehmigung des Projektes zu verweigern. 48,37 Prozent stimmten dafür, die Genehmigung zu erteilen. Die Wahlbeteiligung lag bei 77,45 Prozent.

### **Kein Römermuseum für die Gemeinde Obernburg**

Das umstrittene Römermuseum mit weltweit einzigartigen Funden eines alten Verwaltungszentrums soll nach dem Willen der Obernburger Bürger nicht wie geplant gebaut werden. Wie Bürgermeister Walter Berninger (CSU) in der Gemeinde im Landkreis Miltenberg mitteilte, sprachen sich bei einem Bürgerentscheid 35,03 Prozent und damit 1689 Bürger für den Neubau aus, 64,97 Prozent (3133 Menschen) waren gegen das Projekt.

Der Bürgerentscheid war vom Förderkreis Römermuseum erzwungen worden, der im Rahmen eines Bürgerbegehrens die erforderlichen Unterschriften gesammelt hatte – etwa 6300 Wahlberechtigte waren an die Wahlurne gerufen.

Mitte Juli hatte der Stadtrat sein Ja zum Museum zurückgenommen, weil die Finanzierung des etwa 10 Millionen Euro teuren Hauses bis dato nicht gesichert war. Insbesondere der Freistaat Bayern hält sich mit Finanzausgaben zurück, während Landkreis und Bezirk bereits je 1 Million Euro zugesichert haben, der Bund 1,2 Millionen Euro.

Vor neun Jahren war bei Grabungen in Obernburg eine Art Landratsamt aus den Zeiten der Römer entdeckt worden. Das und andere bedeutende Funde sollten ursprünglich in dem Zentralmuseum Main-Limes gezeigt werden. Obernburg hat etwa 9000 Einwohner und liegt an der Deutschen Limesstraße. Mit dem Museum sollte der als Weltkulturerbe eingestufte Limes bewahrt und zugleich touristisch vermarktet werden. Berninger zufolge muss der Stadtrat nun eventuell über ein kleineres Museum beraten, «um die Funde in Obernburg zu halten».

*mau/nei/NZ/dpa*

28.9.2009

© NÜRNBERGER ZEITUNG

